

Wolfszeitung

Nr. 314 Die 'Lodzer Volkszeitung' erscheint täglich morgens. An den Sonntagen wird die reichhaltig illustrierte Beilage 'Wolff am Sonntag' beigegeben. Abonnementpreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Pl. 5.00, wöchentlich Pl. 1.25; Ausland: monatlich Pl. 8.—, jährlich Pl. 96.—. Einzelnummer 20 Groschen, Sonntags 35 Groschen.

Schreibleitung und Geschäftsstelle: Pocz. Pocz. 109, Hof, N. 10. Tel. 36 99. Postkontos 63.503. Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends. Geschäftsstunden des Schreibleiters täglich von 2.30 bis 3.30.

Anzeigenpreise: Die nebengesparte Millimeter 6. Jahrg. 12 Groschen, im Text die dreigesparte Millimeter 40 Groschen. Stellensuche 60 Prozent, Stellenangeboten 20 Prozent Rabatt. Berechnungen und Anzeigen im Text für die Druckzeit 60 Groschen; falls diesbezügliche Anzeigen aufgegeben — gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

Vertreter in den Nachbarstädten zur Entgegennahme von Abonnements und Anzeigen: Alexandrow: W. Köner, Parzejewski 18; Bialystok: S. Schwalbe, Stoleczna 43; Konstantynow: Wilhelm Szolaj, Lipowa 2; Opatow: Emilia Richter, Nowy 505; Sandomierz: Julius Wajta, Sienkiewicza 8; Tomaszow: Richard Wagner, Bohajtrage 68; Zambka: Wola. Johann Kahl, Szablowska 21; Zierow: Eduard Stranz, Rynek Kilmiejski 13; Zyrardow: Otto Schmidt, Hellega 20.

Der Ohrfeigenstandal vor dem Sejmforum.

Der Führer der Ukainer, Dr. Lewicki, bezeichnet die Tat als einen Akt nationaler Unzuldsamkeit. — Ein Dringlchkeitsantrag wegen der Rheinlanddräumung angenommen!

Zu Beginn der gestrigen Sejmung teilte Marschall Daszynski mit, daß die staatlichen Rechnungsabschlüsse für die Jahre 1923, 1924 und 1925 in der Sejmkanzlei eingegangen sind.

Hierauf gab der Vorsitzende des national-ukrainischen Parlamentsklubs, Dr. Lewicki, eine Erklärung in Sachen der tätlichen Züchtigung des ukrainischen Abgeordneten Chrucki durch den Abg. Polakiewicz ab. Dr. Lewicki erklärte, dieser Standal trage den Charakter der nationalen Unzuldsamkeit und sei ein Ausdruck des gegen die Ukrainer angewandten Terrors. Die Führer des ukrainischen Volkes werden sich jedoch durch derartige Terrormaßnahmen nicht einschüchtern lassen. Sodann richtete Dr. Lewicki an den Sejmarschall die Frage, welche Mittel er zu ergreifen gedenke, um die ukrainischen Abgeordneten vor derartigen Ueberfällen für die Zukunft zu beschützen.

Der Abgeordnete des Regierungsblocks, Fürst Radziwill, wies in einer Erklärung darauf hin, daß diese Angelegenheit nicht eher berührt werden dürfe, bis nicht das Marschallsgericht seinen Spruch gefällt haben wird.

In Erwiderung auf die Ausführung des Abg. Dr. Lewicki erklärte Sejmarschall Daszynski, daß seiner Meinung nach die Grundlage dieses Zwischenfalles nicht in den Nationalitätenkämpfen zu suchen sei, sondern rein persönlichen Charakter trage. Man müsse deshalb zunächst das Urteil des Marschallsgerichts abwarten. Was die Sicherung der Abgeordneten vor derartigen Ueberfällen anbelangt, so sei es unmöglich, hier irgendwelchen polizeilichen Schutz in Anwendung zu bringen. Es kann hierbei lediglich auf die Vernunft, die ritterliche Gesinnung und das Ehrgefühl der Abgeordneten gerechnet werden.

Nach dieser Erklärung des Sejmarschalls schritt der Sejm zur Erledigung der Tagesordnung. Nach längerer Debatte wurde ein Gesetz angenommen, auf Grund dessen die Erlangung des Doktorats der Rechte an den Universitäten in Krakau und Lemberg und der Medizin an allen Universitäten Polens auf Grund des alten Examinationsystems bis zum Jahre 1932 verlängert wird. Hierauf wurde der Termin zur Einreichung von Gesuchen um Konvertierung der staatlichen Anleihen aus den Jahren 1919 und 1920 bis zum 31. Dezember 1929 verlängert.

Nach Erledigung einer Reihe minderwertiger Fragen brachte der Nationale Klub in Verbindung mit einigen anderen Klubs einen Dringlichkeitsantrag über die Garantien für den Frieden und die Sicherheit, die nach der Auffassung der Antragsteller durch die in die Wege geleiteten Verhandlungen über eine vorzeitige Rheinlanddräumung bedroht sind (?) ein. Da sich in der Debatte niemand gegen die Dringlichkeit des Antrages aussprach, wurde dieselbe angenommen und der Antrag der Kommission überwiesen.

Die Zusammenkunft des Marschallsgerichts.

In das seitens des Sejmarschalls eingesetzte Ehrengericht in Sachen des Zwischenfalles Chrucki-Polakiewicz hat Abg. Chrucki als Delegierten den Abg. Puzal von der P.P.S. genannt, während Abg. Polakiewicz den Abg. Baranski vom Regierungsblock angegeben hat. Beisitzender ist der Abg. Chacinski von der Chadecja.

Ein Brief Nowaczynskis an den Abg. Chrucki.

Die letzte Ohrfeigenaffäre im Sejm hat in der politischen Welt Polens großen Eindruck hervorgerufen. Ist sie doch für unsere Verhältnisse geradezu charakteristisch, und dies um so mehr, als die Ohrfeigen von einem Manne ausgeht, der mit den gegenwärtigen Mächtigen durch dick und dünn geht. Dem geschädigten ukrainischen Abgeordneten Chrucki wurden von verschiedenen Seiten zahlreiche Telegramme und Schreiben mit den Ausdrücken des Mitgeföhls zugesandt. Was besonderen Eindruck erweckte und verschiedenerseits mit größter Bewunderung angesehen wurde, ist ein Schreiben des bekannten Literaten Adolf Nowaczynski, der dem nationalen polnischen Lager

angehört. Nowaczynski war vor einigen Monaten selbst das Opfer eines geheimnisvollen Ueberfalles, wobei er unter den Uebeltätern einige Männer in Uniform zu erkennen glaubte. Der Brief Nowaczynskis ist in herzlichem Tone gehalten und verurteilt auf das schärfste derartige Methoden persönlichen Terrors, ohne Unterschied darauf, welche politische Ueberzeugung das Opfer hat. Nowaczynski bemerkt, daß er das Schreiben in der 'Gazeta Warszawska' veröffentlichen wollte, doch mußte er davon mit Rücksicht auf die strenge Zensur absehen.

Das Schreiben Nowaczynskis an den Abg. Chrucki gibt dem 'Glos Prawdy', dem die Rechtfertigung der unverschämten Tat des Abg. Polakiewicz ungemein schwer fällt, Anlaß, das Schreiben zu glossieren. In ironischer Weise unterstreicht er die Tatsache, daß sich die beiden Nationalisten Nowaczynski und Chrucki aus dem entgegengesetzten Lager doch einmal zusammengefunden haben und fragt an, wo denn Mostowicz und Bozichowski geblieben seien. Beide wurden bekanntlich vor einiger Zeit ebenfalls von Nowyns angefallen und arg verprügelt, wobei auch politische Meinungsverschiedenheiten das Motiv zur Tat gewesen sind.

Noch ein Versuch!

Der Leiter der deutschen Delegation zur Führung der Handelsvertragsverhandlungen mit Polen, Dr. Hermes, trifft am Montag in Warschau ein. Dr. Hermes führt u. a. auch die Antwort der Reichsregierung auf den polnischen Vorschlag mit sich, wonach die Verhandlungen zwecks Verlängerung des polnisch-deutschen Holzabkommens auf diplomatischem Wege erfolgen solle.

Der 'Glos Prawdy' bezeichnet die polnische Bereitwilligkeit zu Verhandlungen als 'noch ein Versuch' und wendet sich in scharfen Worten gegen Reichskanzler Müller, denn die Koalitionsregierung, auf die solch große Hoffnung gesetzt worden sei, habe sich bisher als zu schwach erwiesen, um die Einflüsse des Großgrundbesitzes zu beseitigen.

Statt Genf — Lugano.

Die Ratsmitglieder mit der Verlegung der Dezembersession des Völkerbundes nach Lugano einverstanden.

Genf, 30. November. Auf den Vorschlag auf Verlegung der Dezembertagung des Völkerbundes nach Lugano sind bis heute abend beim Generalsekretariat des Völkerbundes fast alle Antwortnoten, und zwar in zustimmendem Sinne eingetroffen.

Wahrscheinlich wird der Völkerbundrat in dem am See gelegenen Gebäude des Kursaaltheaters seine Sitzungen abhalten. Die technischen Vorbereitungen sind bereits im Gange. Die Informationsabteilung entfaltet eine lebhafteste Tätigkeit, um in der Kürze der noch zur Verfügung stehenden Zeit auch alle Erleichterungen für die Pressevertreter sicherzustellen. Die Schweizer Behörden haben ebenfalls bereitwillig die nötigen Vorbereitungen begonnen, um für den telephonischen und telegraphischen Staats- und Presseverkehr die nötigen Verbindungen bereitzustellen. Vom Völkerbundsekretariat werden etwa 80—90 Barmittel für die Tagung nach Lugano entsandt werden, während für die internationale Presse Vorbereitungen für eine für Rats tagungen übliche Stärke von etwa 100 Vertretern getroffen werden.

Die Verlegung der Rats tagung nach Lugano ist kein völliges Novum. Im ersten Jahre seines Bestehens hat der Rat elf Tagungen abgehalten und davon nur die erste in Genf, die übrigen in Paris, Rom, Brüssel, London und San Sebastian. In den späteren Jahren allerdings kam er immer seltener außerhalb zusammen und seit dem Jahre 1925 haben alle Tagungen in Genf stattgefunden. Grundtätlich hält man aus naheliegenden Gründen daran fest,

Polnisch-Danziger Einigung über die Zolleinnahmen.

Danzig erhält 19 Millionen Gulden für das laufende Jahr.

Nach langen Verhandlungen zwischen Danzig und Polen über die Verteilung der Zolleinnahmen für das Jahr 1928 ist es nunmehr zu einer Einigung gekommen. Polen hat sich nämlich bereit erklärt, der Freien Stadt Danzig als Anteil an den Zolleinnahmen für das laufende Jahr 19 Millionen Danziger Gulden auszusahlen. Wie bekannt, werden die Zölle an der polnisch-Danziger Grenze gemeinsam erhoben und später zwischen den beiden Regierungen verteilt.

Unterzeichnung des polnisch-ungarischen Schiedsvertrages.

Warschau, 30. November. (APG.) Am Freitag fand kurze Zeit nach Ankunft des ungarischen Außenministers in Warschau im Außenamt die Unterzeichnung des polnisch-ungarischen Schiedsvertrages statt. Dr. Wallo hat den Abend beim Außenminister Jaleski verbracht und wird am Sonnabend vom polnischen Staatspräsidenten empfangen werden.

Keine Unabsehbarkeit der Richter mehr.

Das neue Gerichtsverfassungsgesetz, das für vorübergehende Zeit praktisch die Unabsehbarkeit der Richter in Polen aufhebt, tritt mit dem 1. Dezember in Kraft. In einem Unterausschuß der Rechtskommission des Sejm begannen Beratungen darüber, daß der Sejm formell die Berechtigung besitze, dieses durch Verordnung des Staatspräsidenten ins Leben gerufene Gesetz aufzuheben. Diese Beratungen kommen zu spät, so daß die Durchführung des Gesetzes am heutigen Tage beginnt.

Gerichtliches Nachspiel eines Duells.

Vor dem Warschauer Militärbezirksgericht hatte sich gestern ein Leutnant namens de Kossel dafür zu verantworten, weil er den Oberst Butkowski während eines Duells getötet hatte. De Kossel wurde zu einem Jahr Festung verurteilt. Er hat sich mit diesem Urteil jedoch nicht zufrieden gegeben, sondern Berufung eingelegt.

möglichst wenig Verlegungen vorzunehmen; wenn aber eine der Ratsmächte den Rat zu einer Tagung in ihrer Hauptstadt einlädt, wird diesem Wunsch selbstverständlich Folge gegeben.

Daß eine Tagung an einem Schweizer Ort außerhalb Genf stattfindet, ist eine Ausnahme, wohl dadurch veranlaßt, daß der deutsche und der englische Außenminister eine längere Krankheit durchgemacht haben.

Lugano hat eine um mehrere Grad höhere Wintertemperatur und einen im allgemeinen sonnigen Winter; natürlich könne auch gerade während der Rats tagung heftiger Regen auftreten oder doch der Sonnenschein ausbleiben.

Die bereits mitgeteilte Tagesordnung der bevorstehenden Session enthält unter ihren 33 Punkten nur einen von erhöhter politischer Wichtigkeit, die litauisch-polnische Frage. Ihre Weiterentwicklung durch die Königsberger Konferenz macht die Lösung der Aufgabe, welcher der Rat in seiner Dezemberresolution nur ausgemittelt ist, immer dringender, der Frage nämlich, wie sich der Modus vivendi zwischen beiden Staaten entwickeln soll, ohne daß das Wilna-Problem berührt wird. Hierüber wird wiederum verhandelt werden und Woldemaras hat sein Erscheinen angekündigt.

Im übrigen wird sich wieder einmal das Interesse auf das konzentrieren, was neben der Tagung einhergehen wird, nämlich auf die erste Begegnung Stresemanns mit Briand und Chamberlain seit März vorigen Jahres.

Die Misstrauensanträge gegen Reichsinnenminister Severing abgelehnt.

Berlin, 30. November. (N.C.) Im Reichstag stimmten bei der Abstimmung des deutschnationalen Misstrauensantrages gegen den Reichsinnenminister neben den Antragstellern, die Wirtschaftspartei, die christlich-nationale Bauernpartei und die Nationalsozialisten, während die Kommunisten sich der Stimme enthielten. Der Misstrauensantrag wurde mit 269 gegen 101 Stimmen, bei 42 Enthaltungen, abgelehnt. Der kommunistische Misstrauensantrag versiel gegen die Antragsteller und die Nationalsozialisten ebenfalls der Ablehnung.

Noch keine Einigung über die Beilegung des Konflikts in der deutschen Eisenindustrie.

Berlin, 30. November. (N.C.) Die Verhandlungen des Reichskanzlers mit den Vertretern der Gewerkschaften waren um 7 Uhr beendet. Nach der Sitzung des Kabinetts traten die Gewerkschaften mit dem Reichskanzler wieder zusammen. Wie verlautet, führte diese zu keinem anderen Ergebnis. In der Schlussbesprechung, zu der die drei Gewerkschaften mit dem Reichskanzler nochmals zusammentraten, wurde kein anderer Ausweg gefunden, als die Verhandlungen zunächst abzubrechen. Die Gewerkschaften sollen bis Sonntag telegraphisch die Entscheidung der Regierungskonferenz mitteilen. Vom Ergebnis dieser Entscheidung hängt es ab, ob die Verhandlungen am Montag fortgesetzt werden.

Berlin, 30. November. (N.C.) In der heutigen Vormittagsbesprechung des Reichskanzlers Müller mit den Vertretern der am Eisenstreit beteiligten Arbeitgeber ist eine Einigung dahin erzielt worden, daß die Arbeitgeber sich mit der Vermittlung des Reichsinnenministers Severing in dem Streit der Eisenindustrie unter gewissen Bedingungen einverstanden erklären haben. Am Nachmittag empfängt der Reichskanzler die Arbeitnehmervertreter.

Zehn Jahre Rheinlandbesatzung.

Eine Rundgebung der Deutschen Volkspartei des Rheinlandes.

Berlin, 30. November. Die Deutsche Volkspartei der Rheinprovinzen veröffentlicht anlässlich der 10. Jahrestage der Rheinlandbesatzung eine Rundgebung, in der es u. a. heißt: „Heute vor zehn Jahren marschierten die Truppen der gegen Deutschland verbündeten Mächte ins Rheinland ein. Ein schwarzer Tag in der deutschen Geschichte, ein hartes Ende nach unerhörten Heldentaten in der Heimat und im Felde. Erbittert und empört stellen wir fest, daß heute noch, 10 Jahre nach Beendigung des Krieges, 60 000 Mann fremder Soldaten auf deutschem Boden stehen und durch diese Tatsache die von uns angestrebte ehrliche Verständigung gehemmt wird. Durch die Fortdauer der Besatzung wird der Friede in Europa und der ganzen Welt nicht gesichert, sondern gefährdet. Wir verlangen endlich Taten zu sehen, denn durch klingende Nebensarten kann Deutschland die Gleichberechtigung nicht gegeben werden. Nur ein freies Deutschland gewährleistet die Grundlage für eine friedliche Entwicklung in Europa. Die fortgesetzte Aufrechterhaltung einer Militärherrschaft über ein Gebiet höchster Menschheitskultur bringt nur Schaden denen, die sich als Träger der Kultur, der Freiheit und Gleichheit aufspielen.“

„Deutschland weiß, was es will.“

Paris, 30. November. In einem Artikel „Deutschland weiß, was es will“ schreibt das „Journal“, wer sich von Deutschland eine klare Vorstellung machen will, soll sich Hindenburg ansehen. Hindenburg bedeuete ganz Deutschland. In ihm spiegelt es sich wider und er spiegelt sich in Deutschland wider. Die entscheidende Autorität, die er in allen Angelegenheiten zeige, nehme er nicht allein aus der Verfassung von Weimar und den ihm übertragenen Befugnissen. Was seine Kraft ausmache, was ihn überan in allen großen Fragen eingreifen gestatte, sei die Zustimmung des Volkes. Der Deutsche liebe es, einem Führer zu folgen. Nach einigen Jahren des Schwankens habe es den Mann gefunden, den es suchte. Deutschland höre auf ihn und sei bereit, ihm zu gehorchen. Aufrecht wie eine Eiche, trotz seiner 81 Jahre, der Blick fest und die Gedanken klar, sei Hindenburg den Deutschen zugleich Zoffre und Clemenceau. Alles, was er sagt, halle tief in der Seele aller Deutschen wider, weil er nie ein Wort ausspreche, das nicht vorher von allen Deutschen gedacht worden sei. Man begreife ihn selbst dann, wenn er schweige.

Eine Ohrspeigeltour im Arbeitszimmer des rumänischen Ministerpräsidenten.

Berlin, 30. November. (N.C.) Wie die „Börsische Zeitung“ aus Bukarest meldet, wurde am Freitag vormittag der rumänische Gesandte in Madrid, der frühere Gesandte in Washington, Prinz Anton Bibescu, der ein Schwiegerjohn des im vergangenen Jahre verstorbenen englischen Staatsmannes Lord Balfour ist, von einem Geschäftsjournalisten täuschlich angegriffen. Bibescu das Arbeitszimmer des Ministerpräsidenten betrat, trat der Geschäftsjournalist auf ihn zu und wollte mit ihm sprechen. Bibescu erklärte, er habe ihm nichts zu sagen, worauf Stoya ihm zwei Ohrspeigel verleihte.

Die britische Antwort an Deutschland.

Der Aufgabentkreis des Sachverständigen-Ausschusses.

London, 30. November. Ueber den Inhalt der britischen Antwort auf das deutsche Reparationsmemorandum vom 30. Oktober berichtet die „Times“, daß Großbritannien die bedingungslose Zustimmung zu den deutschen Vorschlägen ausspricht, amerikanische Sachverständige für den neuen Reparationsausschuß hinzuzuziehen. Die Einladung soll durch den deutschen Botschafter in Washington erfolgen, der seinerseits durch die alliierten Botschafter unterstützt wird. Die Zahl der Sachverständigen aus jedem Lande wird mit 2 vorgeschlagen und als Tagungsort Paris oder Berlin genannt. Als Aufgabentkreis des Ausschusses nennt die „Times“, unter Bezug auf ihre Veröffentlichung vom 21. November: 1. Die Festsetzung der Zahl und Höhe der von Deutschland zu zahlenden Reparationsannuitäten, zur vollständigen und endgültigen Erledigung seiner Verpflichtungen an die alliierten Mächte für die aus dem Kriege entstandenen Kosten; 2. die Form der Bedingungen, in die die deutsche Verschuldung gebracht werden soll und die Vorkehrungen für die Kapitalisierung und Kommerzialisierung der Schuld. 3. Die Anpassung des Dabest-Planes an die Bedingungen des von den Sachverständigen empfohlenen endgültigen Abkommens, einschließlich aller solcher Änderungen in bestehenden Abkommen und Organisationen, die für den Zweck erwünscht erscheinen.

Die britische Antwort weist aber diesbezüglich darauf hin, daß keine Einwände gegen die Ergänzung dieses Programms erhoben werden, so lange das in Genf festgelegte Prinzip der „vollständigen und endgültigen Regelung“ beachtet werde. Seit der Uebergabe des britischen Antwortentwurfs in Paris, Rom und Brüssel sei die englische Regierung davon unterrichtet worden, daß die französische Regierung auf der Erlassung der Einladung an die Sachverständigen durch den Reparationsausschuß bestche. Eine schriftliche Antwort Poincares in dieser Frage wird in London noch erwartet. Weiterhin sei man in London unterrichtet, daß die deutsche Regierung die Anregung nicht begünstige, daß sie selbst die Initiative in Washington ergreifen solle. Die englische Haltung in beiden Punkten geht der

„Times“ zufolge dahin, daß die britische Regierung auf bestimmte Vorschläge in einigen technischen Punkten nicht bestehen werde, sondern ihre Hauptaufgabe darin sehe, die gegenwärtigen Besprechungen zu einer möglichst baldigen Einsetzung des geplanten Ausschusses durchzuführen und die Methode der Einladung so zu gestalten, daß sie die gleichberechtigte Stellung Deutschlands in dem Ausschuß zum Ausdruck bringe.

Englische Pressestimmen zu den französischen Kammerverhandlungen.

London, 30. November. Ueber den Verlauf der französischen Kammerverhandlungen zum Haushalt des Kriegsministeriums, läßt sich die „Daily Express“ von ihrem Pariser Berichterstatter melden, daß das Ergebnis der Kammerausprache, die Fruchtlosigkeit des Völkerbundes ebenso klar zeige, wie die Gefahr, in die sich Großbritannien durch den Locarno-Vertrag begeben hat. Sie beweise, daß die französische Regierung den Kriegsberichterstatter nur mit sehr zahlreichen geistigen Vorbehalten unterzeichnet habe. Die Tatsache, daß Frankreich gegenwärtig 647 000 Mann unter den Waffen halte, bezeichne der Berichterstatter als eine Art Wegweiser auf der Straße zum nächsten Kriege. Als eine weitere überraschende Tatsache der Aussprache nennt der Bericht die Entschlossenheit Frankreichs, am Rhein zu bleiben, bis es seinen Festungsgürtel an der deutschen Grenze fertig gestellt habe, der dazu bestimmt sei, eine deutsche Armee im Schach zu halten. Daraus folge, daß Frankreich von den ihm von Großbritannien im Locarno-Vertrag gegebenen Garantien offenbar nicht viel halte.

In einem Pariser Bericht der „Times“ heißt es: Die Form der Aussprache zeigt, daß Frankreich noch keineswegs so weit sei, um auch die ihm gewährte erträgliche Sicherung, wie Kellogg-Pakt und Locarno zu achten, sondern sich noch immer auf die im Versailler Vertrag enthaltenen Sicherungen stütze.

Tagesneuigkeiten.

Zur Beilegung des Lohnkonfliktes in Widzew.

Wie wir bereits berichteten, hat die Direktion der Widzewer Baumwollmanufaktur an den Arbeitsinspektor ein ausführliches Schreiben gerichtet und darin die Bedingungen angeführt, unter denen nach Ansicht der Unternehmer eine Beilegung des langen Zwistes erfolgen könnte. Um die Meinung der Arbeiter hierzu zu erfahren, wandten wir uns an die drei Fachverbände. Der Leiter des Massenverbandes Walczak erklärte uns, daß die Lohnliste, die in dem Schreiben der Direktion enthalten ist, sich fast vollkommen mit den Forderungen des Massenverbandes decke. Da jetzt nichts Wichtiges mehr im Wege stehe, könne man den Zwist bereits als beigelegt betrachten. Es handle sich lediglich noch um die Frage der Fabrikbelegierten, sowie um die Vermittlung des Verbandes in allen in der Widzewer Baumwollmanufaktur entstehenden Streitigkeiten. Die Arbeiter müßten die Arbeit aufnehmen, wobei sich der Verband vorbehalte, die Streikmaßnahme im entsprechenden Augenblick zu ergreifen.

Streik der Handwerker.

Die Firma Biazowski, die in den Mauern der Fabrik Kontna 10 und im Gebäude Pomorska 106 Handwebereien betreibt, hat neuerdings vier Handwerker dafür entlassen, weil sie es verstanden haben, die Handwerker beider Fabriken zu organisieren, um den Besitzer zu zwingen, den verpflichtenden Zuschlagslohn für Ueberstunden und für nicht-ausgenutzte Urlaube zu bezahlen. In Anbetracht dessen sind die Handwerker in den Ausstand getreten. Die Handlungsweise der Firma Biazowski den Handwebern gegenüber muß auf das schärfste gebrandmarkt werden.

Ettingon gegen Restenberg.

Gestern begann in der Handelsabteilung des Lodzger Bezirksamtes der sensationelle Prozeß der Firma Ettingon gegen die Firma Jakob Restenberg um 200 000 Dollar. Die von der klagenden Firma eingezahlten Gerichtskosten betragen über 40 000 Flothy. Die ganze Angelegenheit ist aus dem sich bereits ein Jahr hinziehenden Prozeß bekannt. In der gestrigen Verhandlung kamen die Sachverständigen der Anklage, die Verteidiger des Beklagten und der Rechtsvertreter der Gläubiger zu Wort. Mehrere Male kam es zwischen den Parteien zu Kontroversen. Nach den den ganzen Tag dauernden Reden der Parteien ordnet das Gericht eine Unterbrechung an. Wann die Entscheidung in diesem sensationellen Prozeß fällt, ist noch nicht vorauszusehen.

Die Fragen der Zuerkennung der Staatsangehörigkeit.

Zum Zusammenhang damit, daß die Fragen der Zuerkennung der polnischen Staatsangehörigkeit an Wojewoden übertragen wurde, erfahren wir, daß alle laufenden Angelegenheiten in den Referaten des Ministeriums erledigt werden. Ihre Ueberweisung an die Wojewodenschaft erfolgt nicht. Alle neuen Angelegenheiten dagegen werden von den hiesigen Behörden erledigt.

Vorzugspässe für Auslandsreisen.

Auf Grund des Gesetzes über die Auslandspässe können hierüber einige Erleichterungen nur vom Innenministe-

rium erledigt werden. In dieser Beziehung sind jetzt einige Änderungen eingetreten. Durch eine besondere Verfügung wurde die Angelegenheit der Vorzugspässe und der kostenlosen Pässe dem Wojewoden übertragen. Wie wir erfahren, hat der Wojewode ein Rundschreiben erhalten, wonach der Wojewode in diesen Angelegenheiten sein Gutachten abgibt, das dann dem Finanzministerium zur Bestätigung eingesandt werden muß. Durch diese Verordnung sollen die Bittsteller die Möglichkeit haben, schneller einen Entschluß zu erhalten.

Die Kommunalsteuer für Filme.

Wie wir erfahren, erhielt der Wojewode vom Innenministerium ein Rundschreiben, das sich auf die Steuern für Filmvorführungen bezieht. Das Rundschreiben regelt die Höhe der Steuern und das Fensterverschreiben. Von Lehrfilmen werden die Kommunalbehörden eine Steuer in Höhe von 10 Prozent vom Eintrittspreis, von Filmen von hohem künstlerischen Wert 30 Prozent, von historischen Filmen 50 Prozent und von allen anderen Filmen 60 Prozent erheben.

Die Taxameter und die öffentliche Moral.

Die Führer der Taxameter werden von den Behörden darauf aufmerksam gemacht, daß die Taxameter in den Abendstunden unbedingt beleuchtet werden müssen, und daß die Verbedung der Fenster durch Gardinen verboten ist. Zuwiderhandelnde werden Strafmandate erhalten.

Ein Friedhof für Freidenker.

In der vorgestrigen Magistratsitzung wurde die Bitte des Freidenkervereins, einen Friedhof für Konfessionslose zu schaffen, lebhaft erörtert. In der Aussprache ergriß unter anderen auch der Schöffe Dr. Margolis das Wort, der für die Erwerbung eines Platzes zur Anlegung eines Friedhofes für die Baptisten und Freidenker eintrat. Er begründete seinen Antrag damit, daß es in Lodz eine große Zahl von Freidenkern gebe, die sich keiner Religion unterwerfen wollen. Besondere Schwierigkeiten werden den jüdischen Freidenkern bei der Bestattung gemacht. Nach längerer Aussprache wurde beschloffen, einen entsprechenden Platz zu erwerben.

Ein unerhörter Versteigerungsandal.

In der Ggiersta 7 befindet sich der Laden eines gewissen Blumenfrucht, der mit 200 Flothy Steuern im Rückstande geblieben war. Auf seine Vermählung wurde ihm die Vergünstigung eingeräumt, die Steuer in Raten entrichten zu können. Nach Entrichtung mehrerer Raten verspätete er sich mit dem Bezahlen der letzten. Daraufhin erhielt er vom Finanzamt die Mitteilung, daß infolge der rückständigen letzten Rate bei ihm für den 29. November eine Versteigerung angesetzt worden sei. Blumenfrucht begab sich sofort nach dem Finanzamt, um den Restbetrag zu hinterlegen. Der Leiter des Amtes wollte das Geld nicht in Empfang nehmen, da sich, wie er erklärte, die Akten bereits beim Steuereinnahmer befinden. Er gab Blumenfrucht den Rat, die Steuer dem Sequesterator zu bezahlen, wenn dieser zur Versteigerung kommt. Zur festgesetzten Zeit stellte sich der Sequesterator mit vier Käufern ein. Als ihm Blumenfrucht das Geld geben wollte, verweigerte er die Annahme, indem er erklärte, Blumenfrucht müsse die ganzen 200 Flothy vorbringen. Die Verlegung der Dativ-







Die ungarischen Königsmacher

In den Salons der ungarischen Grafen, in den bischöflichen Residenzen und in den Konventikeln der legitimistischen Politiker geht es jetzt wieder hoch her.

Ihre Geschäftigkeit wurde durch zwei Umstände genährt. Erstens hielt Graf Bethlen in Groß-Zinkendorf seine bekannte Rede, in der er die Unaufschiebbarkeit der verfassungsrechtlichen Reformen ankündigte.

Aber es leidet sie noch eine andere Erwägung. Die zehnte Wiederkehr der niedergeschlagenen Revolution hat den republikanischen Gedanken in den Massen neubelebt.

eine ungeheure Mehrheit für die demokratische Republik hervortreten ließe. Daher kommt ihre Unrast, und darum verlangen sie von der Regierung einen förmlichen Kreuzzug gegen den republikanischen Gedanken.

Es wird in dem monarchistischen Lager hitzig um die Frage gekämpft, wie und wann die Monarchie errichtet werden soll, durch die Wahl oder durch die Anerkennung des Erbrechtes der Habsburger.

Der ungarische Außenminister nach Warschau abgereist.

Budapest, 30. November. Der ungarische Außenminister Ballo ist in Begleitung des polnischen Gesandten in Budapest Madziewski heute nach Warschau abgereist.

Großer Wahlsieg der Sozialdemokratie in Tirol.

Innsbruck, 30. November. Die sozialdemokratische Partei Tirols bezifferte ihren Mandatserfolg bei den Tiroler Gemeindevahlen mit 61, ihren Verlust mit 13, so daß ein Plus zu ihren Günstigen von 48 Mandaten verbleibt.

Faschistische Scharmacher an der Arbeit. Franzosenfeindliche Kundgebungen faschistischer Studenten in Rom.

Rom, 30. November. (A.F.) Als Protest gegen das Urteil des Pariser Gerichtes gegen den Mörder des italienischen Konjuls, Rarhini, das bekanntlich auf 2 Jahre Gefängnis lautete, veranstalteten die Studenten am Donnerstagabend und Freitag vormittag Kundgebungen vor der französischen Botschaft und der französischen Akademie.

Stärker als der Krieg.

In Wilna starb dieser Tage der bekannte russische Geologe Lufschewitsch, der viele Jahre an der Universität Wilna gewirkt hatte.

Kurz vor dem Kriege wurde Lufschewitsch, der im Gefängnis eine wissenschaftliche Arbeit von hohem Wert geschrieben hatte, auf Ersuchen der Akademie der Wissenschaften begnadigt.

So fuhr Lufschewitsch mit dem letzten Zug, der kurz vor der Grenze stehenblieb, stieg aus und ging, die Reisetasche in der Hand, zu Fuß auf die Grenze zu.

Zu Fuß überschritt Lufschewitsch die Grenze, schloß sich einer Schaar flüchtender Bauern an und betrat jenseits der Grenze einen Güterzug, der in demselben Augenblick die Station verließ.

Die nationalsozialistischen Störenfriede in Deutschland.

Frankfurt a. M., 30. November. Als Auftakt zur Studententagung, die hier in den nächsten Tagen stattfindet, war am Donnerstagabend eine Versammlung im großen Börsensaal gedacht.

und nur aus Mitleid noch in der Wohnung gelitten wird. Seines Bleibens konnte in diesen Räumen nicht mehr sein. Sie gehörten ihm nicht, sie sollten ja nur einen Rahmen bilden für jene Kerne, die sich nun mit einem andern, einem ganz schmalen Holzrahmen begnügen mußte.

les gerdacht. Da fehlte nichts — von den silbernen Wärschen angefangenen bis zum Kristallkaton mit Eau de Lubin. Seit Wochen hatte sich Parker gewohnt, dies alles als sein Eigentum zu betrachten, seit Wochen ließ er sich vom Diener an- und auskleiden.

Rechnungen beglich, die Bestellungen machte, die Diensthoten aufnahm? Wäre Bethy nicht die erste gewesen, die sich hätte stündlich sagen müssen — meine Mutter hat mit einem Mann gefaust!

(Fortsetzung folgt.)



